A5 04 Mobilität neu denken

Antragsteller*in: STG3 (STG3)

Text

Es tut sich etwas auf den Straßen des Nordends: Endlich müssen Radfahrer*innen, die vom Nordend in die Innenstadt und zurück radeln wollen, die dichtbefahrene Friedberger Landstraße nicht mehr mit Autos und LKW teilen. Auf beiden Seiten sorgt ein – fast durchgehender – Radweg für größere Sicherheit. Die U-Bahn-Stationen „Musterschule“ und „Glauburgstraße“ sind inzwischen barrierefrei ausgebaut, künftig wird die Linie 32 an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr das östliche und das westliche Nordend miteinander verbinden. Auch die Nachtbuslinien werden ausgebaut und die U8 bringt Nachtschwärmer*innen und Nachtschichtler*innen die ganze Nacht über von Sachsenhausen auch ins Nordend. Auf der Nibelungenallee heißt es zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr „Runter vom Gas“ – es gilt Tempo 30. Und in der Lortzingstraße bietet eine Quartiersgarage die Möglichkeit, Fahrzeuge unterirdisch abzustellen. Wir GRÜNE im Nordend haben uns erfolgreich für die Befreiung der Nebenstraßen vom Durchgangsverkehr eingesetzt, haben bereits in vielen Straßen Tempo 30 durchsetzen können und vor über !0 Jahren die „Einbahnstraßen-Radwege“ erfunden und umgesetzt. Das Verkehrsaufkommen und der „Parkdruck“ sind jedoch weitergewachsen – und die „Verkehrswende“ ist heute eines der meist debattierten Themen. Mit einer Stimme für die GRÜNEN können die Wähler*innen sich darauf verlassen, progressive Verfechter*innen einer sozial gerechteren und ökologischeren Mobilität zu beauftragen.
Den Weg zu einer echten Verkehrswende wollen wir konsequent weiterführen und insbesondere Fußgänger*innen und Radfahrer*innen mehr Raum auf Straßen und Plätzen einräumen.

Den Verkehrsraum neu aufteilen

Wir stehen für mehr Sicherheitsgefühl und Gleichberechtigung im Straßenraum und setzen dabei auf die Förderung emissionsarmer Mobilitätsformen. Auch wenn sich durch die begonnene Umsetzung der Maßnahmen des Radentscheids, den wir GRÜNE unterstützen, bereits einiges getan hat: wir arbeiten weiter daran, die immer noch bestehende Dominanz der Autos im Straßenraum zu reduzieren und fordern eine Umgestaltung von Straßen zugunsten von breiteren und sichereren Wegen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Parkplätze sollen zugunsten von Grünflächen und mehr öffentlichem Raum entfallen, illegales Parken soll konsequent geahndet werden. Für den zunehmenden Lieferverkehr fordern wir flächendeckend legale, sichere Kurzzeit-Parkmöglichkeiten und für die Weiterentwicklung des Angebots von Carsharing-Möglichkeiten die Einrichtung dezidierter Carsharing-Parkplätze“ – bevorzugt für Elektro-Autos, für die auch mehr öffentliche Lademöglichkeiten im Stadtteil entstehen sollen. Straßen sollen so umgestaltet werden, dass zu Fuß gehende und Radfahrer*innen sich hier sicher fühlen können und auf direktem Weg ihr Ziel erreichen können. Wenn dieses Ziel nicht mit gleichzeitig stattfindendem Autoverkehr zu erreichen ist, muss dieser hier zurückgedrängt oder ausgeschlossen werden.

Zu Fuß sicher durchs Nordend

Wir wollen breite und sichere Gehwege im ganzen Stadtteil fördern, auf denen Menschen sich begegnen und sicher aufhalten können. Der abnehmende Trend der zu-

Fuß-Gehenden muss umgekehrt werden: in einem Stadtteil der kurzen Wege, wie es das Nordend mit seiner guten Anbindung an die Innenstadt, Bornheim und weiteren Stadtteilen ist, soll für alle die Möglichkeit bestehen, ihre Ziele sicher und komfortabel zu Fuß zu erreichen. Ampeln sollen dazu entsprechend geschaltet, Kreuzungen umgestaltet werden. Konflikte mit Radfahrer*innen sollen durch bauliche Trennungen vermieden werden. Die Barrierefreiheit muss durchgehend und verlässlich gewährleistet werden: Rollstühle und Kinderwagen sollen auch mit Extra-Breite überall durchkommen können. Eine einfache Maßnahme, breitere Gehwege und Radwege zu schaffen, ist aus unserer Sicht die Umstellung von Quer-Parkplätzen, bei denen Autos halb auf dem Gehweg stehen, auf Parallel zur Straße ausgerichtete Parkplätze. Regelmäßige Workshops und Rundgänge mit Vertreter*innen der Verwaltung sollen zur Verbesserung bestehender Schwachstellen für den Fußverkehr führen. Wir fordern stärkere und regelmäßige Kontrollen durch die städtische Verkehrspolizei, um das an vielen Stellen zu beobachtende gewohnheitsmäßige Falschparken konsequent zu ahnden und gefährliche Situationen durch Abschleppmaßnahmen aufzulösen.

Das Nordend wird Fahrradstadtteil

Egal, ob von der Nationalbibliothek zur Fachhochschule, vom Frauensteiner Platz zum Friedberger Platz oder vom Günthersburgpark zum Merianplatz – mit dem Fahrrad lassen sich alle Ziele im Stadtteil schnell und sicher erreichen. Leider ist das Radfahren im Nordend nicht immer angenehm. Oft müssen sich Radfahrer*innen die Verkehrswege mit dem motorisierten Verkehr teilen, zuweilen stehen ihnen nur sehr schmale Randstreifen zur Verfügung und an einigen Stellen bergen auch die Schienen der U- und Straßenbahn Unfallgefahr. In zweiter Reihe parkende Fahrzeuge erhöhen das Gefahrenpotential noch. Im Ortsbeirat werden wir uns dafür einsetzen, die besonders gefahrträchtigen Stellen zu identifizieren und die Sicherheit zu erhöhen. Dies kann zum Beispiel durch bauliche Maßnahmen geschehen, die das Parken in zweiter Reihe verhindern. Insbesondere die Glauburgstraße wollen wir umgestalten und für Radfahrer*innen sicherer machen, indem wir die dortigen Querparkplätze durch Längsparkplätze ersetzen und so mehr Platz abseits der mittig verlaufenden Schienenstränge schaffen. Auch in anderen Straßen - insbesondere engen Einbahnstraßen – kann auf diese Weise die Sicherheit erhöht werden.
Der Radentscheid Frankfurt hat im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem Magistrat ein Konzept erarbeitet, um Nebenstraßen fahrradfreundlich umzugestalten. Die dort enthaltenen Vorschläge für den Oeder Weg und die Nordend- und Holzhausenstraße unterstützen wir und werden uns im Ortsbeirat für eine zeitnahe Prüfung und Umsetzung der Vorschläge einsetzen. Für Engstellen, die sich in diesem Zuge ergeben, präsentieren wir dem Magistrat überzeugende Lösungen, für gefährliche Kreuzungen fordern wir bauliche Veränderungen. Besonders Schülerinnen und Schüler sollen sich sicher fühlen, mit dem Fahrrad zur Schule fahren zu können, die Gründe für die Fahrten von „Elterntaxis“ wollen wir so reduzieren. Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir in der kommenden Legislaturperiode verstärkt einbringen, so zum Beispiel autofreie Zonen vor Schulhöfen, auf denen Kinder sich zu Fuß und auf dem Rad sicher fühlen können.
Die Radwege auf dem Alleenring müssen überprüft und Schritt für Schritt verbessert werden - und sollten zukünftig möglichst auf der Straße verlaufen.
Das werden wir mit Nachdruck fordern, denn die Umsetzung des Radentscheids soll nicht auf Kosten anderer wichtiger Verbesserungen für den Radverkehr gehen.
Weiterhin werden wir uns dafür stark machen, die noch bestehende Lücke des

Radwegs auf der Friedberger Landstraße zwischen Friedberger Landstraße und Matthias-Beltz-Platz zu schließen. Gegebenenfalls könnte hier in einem Modellversuch ein Solarfahrradweg entstehen.
Die Drückerampeln sollen – gerade an den Stellen, die häufig von Radfahrer*innen frequentiert werden – durch automatisch umschaltende Ampeln oder ein Schwellensystem ersetzt werden.

Vom Parkraum zum Park-Raum

Verkehrswende heißt, den Verkehrsraum neu aufzuteilen – weg von der autogerechten Stadt hin zum öffentlichen Raum für alle – mit mehr Platz für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, mit mehr Aufenthalts- und Lebensqualität. Die temporäre Spielstraße, die auf Betreiben des Ortsbeirates jedes Jahr in der Heidestraße eingerichtet wird, erfreut sich großer Beliebtheit. In der Nordendstraße entstand die bundesweit erste Begegnungszone als öffentlicher Raum, der allen zur Verfügung steht. Das bedeutet aber auch, dass wir Flächen, die jetzt parkenden Autos vorbehalten sind, anders nutzen wollen. Erreichen wollen wir dies mit einer konsequenten Parkraumbewirtschaftung, wie sie in Bornheim bereits eingeführt wurde. Viele Bornheimer*innen können momentan noch auf das Nordend ausweichen, wenn sie einen kostenlosen Parkplatz suchen, dabei wollen auch wir die Ziele des Luftreinhalteplans erreichen, um die Gesundheit der Anwohner*innen besser zu schützen. PKW-Halter*innen sollen darüber hinaus nicht länger durch kostenlosen öffentlichen Raum bevorteilt werden und angeregt werden, kritisch zu hinterfragen, ob sie wirklich ein Auto benötigen. Der Stadtteil Nordend ist über den ÖPNV hervorragend an alle Ziele in Frankfurt angebunden, Fahrrad und Fußverkehr stellen ebenfalls für viele eine gesunde Alternative dar.
Das Parken auf dem Gehweg wollen wir auf die Wege reduzieren, die mindestens 2,20 m breit sind. Einmal im Jahr soll es einen autofreien Sonntag geben, an dem Straßen zu Festmeilen, zu Spielplätzen oder zu Freiluft-Restaurants werden können. Ausbauen wollen wir die Möglichkeit, Elektrofahrzeuge im Nordend zu laden. Dazu wollen wir weitere Ladestationen errichten, Tiefgaragen mit E-Lade-Stationen unterstützen und prüfen, inwieweit E-Lade-Stationen nach Londoner Vorbild in Straßenlaternen integriert werden können.

Wir wollen mehr Autofreie, Fahrrad- und Spielstraßen etablieren, in denen die Menschen im Nordend sich sicher auf der Straße aufhalten können. Temporäre Spielstraßen können kurzfristig zu einer Verbesserung führen, langfristig möchten wir, dass Fußgänger*innen und Radfahrer*innen die attraktivsten Wege im Stadtteil zur Verfügung stehen. Wo immer es möglich ist, sollen Entsiegelung und Begrünung dazu führen, dass sich der Stadtteil im Sommer weniger aufheizt und die Menschen überall, und nicht nur an „Hotspots“ zusammenkommen und sich in angenehmer Atmosphäre aufhalten können. Das ist gut für die lokale Wirtschaft, den sozialen Zusammenhalt und die Gesundheit. Dort, wo in der Vergangenheit „Stellvertreter“ platziert wurden, um Kreuzungsecken vor Falschparker*innen zu schützen, sollen sie durch sinnvolleres Mobiliar, wie zum Beispiel Fahrradbügeln, aber auch Sitzgelegenheiten und Begrünung ersetzt werden.

Bei Neubauprojekten soll ein möglichst großer Anteil der durch die Stellplatzsatzung zwangsweise einzurichtenden Parkplätze Fahrrädern, Lastenfahrrädern und geteilter Mobilität zugedacht werden, Parkräume sollen in Quartieren möglichst außerhalb liegen, damit in ihrer Mitte sichere und lebenswerte Aufenthaltsräume entstehen können. Auch Universitäten, Schulen und

Verwaltungsgebäude sollten optimal an den ÖPNV angebunden werden und nur den kleinstmöglichen Parkraum vorhalten. Den Bau weiterer Quartiersgaragen lehnen wir aufgrund der hohen ökologischen Kosten und der durch sie wortwörtlichen Zementierung des falschen Mobilitätskonzeptes ab.

Klimafreundlich unterwegs mit Bus und Bahn

Mit sechs U-Bahnlinien, zwei Straßenbahnlinien und X Busverbindungen ist das Nordend bereits gut vernetzt. Die diskutierte Weiterführung der Linie 18 nach Bad Vilbel begrüßen wir. Ausbaufähig sind aus unserer Sicht vor allem die „Querverbindungen“ – also die heute mit Buslinien erschlossenen Strecken zwischen Nordend-West und Nordend-Ost. Die Verstärkung der Buslinien 32 und 36, die seit dem letzten Fahrplanwechsel in kurzem Takt rund um die Uhr fahren, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Einrichtung einer Ringbahn könnten die Mobilität in unserem Stadtteil weiter vergrößern. Damit alle Menschen im Stadtteil vom öffentlichen Nahverkehr gleich gut profitieren können, fordern wir, dass an keinem Ort mehr als 500m zur nächsten barrierefreien Haltestelle liegen dürfen. Defizite sollen systematisch erkannt und behoben werden. An den Haltestellen sollen bequeme Umsteigemöglichkeiten auf geteilte Mobilitätsangebote und ausreichend Fahrradabstellplätze entwickelt werden. Für die Konzeption der Idee der „Campusmeile“ fordern wir die Berücksichtigung einer Alleenring-Straßenbahn bis zum Campus Westend, die auf Kosten des PKW-Straßenraums geplant werden soll.

Ein großes Thema war die Lärmbelastung, die insbesondere die Anwohner*innen der Eckenheimer Landstraße nach dem Austausch der U5-Wagen und der Erneuerung der Schienen traf. Nicht nur der motorisierte Verkehr, auch der Schienenverkehr bedarf gezielter Lärmschutzmaßnahmen. Wir wollen uns dafür einsetzen, Haltestellen und Gleisflächen zu begrünen.

Mobil sein heißt vernetzt sein

Unser Alltag wird zunehmend flexibler. Heute arbeiten wir im Home-Office, morgen fahren wir mit Bus und Bahn ins Büro und kürzen den Weg zur Haltestelle mit dem E-Scooter oder dem Leihfahrrad ab. So spontan unser Alltag ist, so vielfältig muss Mobilität werden. Oft werden Fahrzeuge eher als „Stehzeuge“ genutzt – immer mehr Menschen im Nordend entscheiden sich gegen ein eigenes Auto und für Carsharing. Die Mobilität der Zukunft wird vernetzter sein und die digitale Buchung verschiedener Fortbewegungsmittel über das Internet erlauben. In einem Beteiligungsprozess wollen wir ein Verkehrskonzept für unseren Stadtteil entwickeln, das dieser Entwicklung Rechnung trägt. Sharing-Angebote wollen wir stärken – wir wollen allerdings auch prüfen, inwieweit der Abstell- und Ladeprozess der Elektroroller so gestaltet werden kann, dass herumstehende Roller nicht zur Gefahr für Fußgänger*innen, spielende Kinder und Radfahrer*innen werden. Zentrale Park&Ride-Parkplätze sollen einen Anreiz bieten, mit dem Auto nicht bis in die Innenstadt zu fahren, sondern auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen.

Autofahren? Aber sicher und klimagerecht!

Weniger ist mehr - weniger Gas bedeutet weniger Lärm, weniger Abgase, weniger CO2. Auf der Nibelungenallee gilt seit 2019 nachts eine Höchstgeschwindigkeit von Tempo 30. Für die Anwohner*innen bedeutet dies eine erhebliche

Lärmminderung. Wir unterstützen die Ausweitung der nächtlichen Tempo-30-Zonen auf die weiteren Hauptverkehrsstraßen im Stadtteil.

Besonders auf dem lauten Alleenring soll die Aufenthaltsqualität verbessert werden, indem die Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 40 gesenkt wird und ein Ausbau von Fahrrad- und ÖPNV-Infrastruktur vorangetrieben wird. Die Straßen sollen nicht für den Durchgangsverkehr durch den Stadtteil attraktiv sein, sondern für die Anwohner und Anwohnerinnen. Die Barriere-Wirkung des Rings soll deutlich reduziert werden. Außerhalb des Rings soll auf allen Straßen Tempo 30 gelten, in Nebenstraßen möglichst Tempo 20.

Eine Citymaut kann dazu beitragen, den Durchgangsvekehr auf den Hauptverkehrsstraßen im Nordend zu reduzieren.

Von der Durchgangsstraße zur Campusmeile – den Alleenring neu gestalten!

Die Straßen des Alleenrings gehören zu den meist befahrenen Straßen in Frankfurt Ziel: Der nördliche Alleenring mit dem Campus Westend der Goethe-Universität, der Frankfurt School of Finance & Management, der Deutschen Nationalbibliothek und der Frankfurt University of Applied Sciences soll als städtische Struktur und Leuchtturmprojekt für eine nachhaltige Mobilitätswende zur Frankfurter Campusmeile entwickelt werden. Die Campusmeile ist Teil des Koalitionsvertrags 2016-2021 und auch das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISTEK) bekennt sich dazu, das Projekt zu entwickeln.
Nach dem Vorbild des Frankfurter Museumsufers zielt die Bildung der Campusmeile darauf ab, die Vernetzung der Wissenschaftsinstitutionen zu fördern und dem Ring eine räumliche Identität mit hoher Aufenthaltsqualität für Studierende und Bürger*innen zu geben. Darüber soll der Wissenschaftsstandort Frankfurt gestärkt werden. In einer Kooperation der Frankfurt University of Applied Sciences (FUAS) und dem Planungsdezernat wurde 2017 ein studentischer Ideenwettbewerb ausgelobt, dessen Ergebnisse viele konzeptionelle Ideen für die städtebauliche und freiraumplanerische Weiterentwicklung des nördlichen Teils des Alleenrings brachten. Die Ergebnisse wurden im Mai 2018 in einer Ausstellung präsentiert. Seither ist weder seitens der Wissenschaftsinstitutionen noch seitens der Stadt etwas Wesentliches geschehen und auch im 2019 vorgelegten ISTEK finden sich lediglich unverbindliche Aussagen zur Entwicklung der Campusmeile.
Wir GRÜNE setzen uns ein für die:
• Entwicklung eines ganzheitlichen konzeptionellen Ansatzes für die Campusmeile unter Einbeziehung der Studierenden und der Bürgerinnen und Bürger über geeignete Beteiligungsformate
• Schrittweise Umsetzung erster Maßnahmen des Ansatzes vor allem in Bezug auf
• das Mobilitätskonzept (z.B. Reduzierung der Fahrspuren für den motorisierenden Individualverkehr, Reduzierung der zugelassenen Geschwindigkeit, Ausbau der Fahrradwege, neue verbindende Fußwege, Stärkung des ÖPVN z.B. Shuttle System)
• Ausbau der Grünflächen, Verdichtung des Baumbestandes, Wiederherstellung der Allee
• Vernetzung der Wissenschaftsinstitutionen (z.B. über Veranstaltungen, light-house Projekte)

A7NEU 04 Mobilität neu Denken (NEU)

Antragsteller*innen:

Text

Es tut sich etwas auf den Straßen des Nordends: Endlich haben Radfahrer*innen auf der dichtbefahrenen Friedberger Landstraße fast durchgehend ihre eigene Spur. Die U-Bahn-Stationen „Musterschule“ und „Glauburgstraße“ sind inzwischen barrierefrei – ein Vorbild auch für die Haltestellen „Friedberger Platz“ und „Hessendenkmal“. Künftig wird die Linie 32 an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr das östliche und das westliche Nordend miteinander verbinden. Die Nachtbuslinien werden ausgebaut, und gemeinsam mit den U-Bahn Linien und Straßenbahnen sorgen sie 24 Stunden lang für eine Nord-Süd-Verbindung. Auf der Nibelungenallee heißt es zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr „Runter vom Gas“ – es gilt Tempo 30. Und in der Lortzingstraße bietet eine Quartiersgarage unterirdische Parkmöglichkeiten. Dank zahlreicher GRÜNER Initiativen sind viele Nebenstraßen schon lange vom Durchgangsverkehr befreit und haben ein Tempo-30-Limit. Nur Radfahrer*innen dürfen hier in beide Richtungen fahren.

Doch zugleich beobachten wir: Das Verkehrsaufkommen und der „Parkdruck“ sind weitergewachsen. Von einer echten Verkehrswende sind wir auch im Nordend noch weit entfernt. Deshalb bleibt für uns GRÜNE eine konsequente Mobilitätswende ganz oben auf der Tagesordnung. Sie ist nicht nur klimapolitisch dringend notwendig, sondern sie korrigiert auch die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte und nimmt eine neue Perspektive ein: weg vom Fokus auf motorisierten Individualverkehr, hin zu gut vernetzter Mobilität mit mehr Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer*innen.

Wir setzen uns für folgende Maßnahmen ein:

Den Verkehrsraum neu aufteilen

Noch dominieren die Autos den öffentlichen Raum. Ein Umdenken hat jedoch bereits begonnen. Der Radentscheid Frankfurt hat im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem Magistrat ein Konzept erarbeitet, um Nebenstraßen fahrradfreundlich umzugestalten und die allgemeine Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Zentrale Aspekte dabei sind eine Reduzierung des KFZ-Durchgangsverkehrs und die Umwandlung von Dauerparkplätzen in Flächen mit begrünten Sitzgelegenheiten oder Außengastronomie, zu Baumstandorten, sowie zu Kurzzeitparkplätzen für Lieferverkehr. Diese Vorschläge für den Oeder Weg und die Nordend- und Holzhausenstraße unterstützen wir und werden uns im Ortsbeirat für eine zeitnahe Umsetzung einsetzen. Gleichzeitig fordern wir auch für andere Straßen eine Umgestaltung zugunsten von breiteren und sichereren Wegen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Parkplätze sollen zugunsten von Grünflächen und mehr öffentlichem Raum entfallen. Für den zunehmenden Lieferverkehr fordern wir flächendeckend legale, sichere Ladezonen und für die Weiterentwicklung des Angebots von Carsharing-Möglichkeiten die Einrichtung dezidierter Carsharing-Parkplätze“ – bevorzugt für Elektro-Autos. Wichtig ist auch, an die Verkehrssicherheit der Kinder zu denken. Wer sich in ihre Lage versetzt, wird verstehen: Sie können nur sehr schwer an parkenden Autos vorbeiblicken, um eine Straße vor dem Überqueren einzusehen. Um eine gute Sicht auch Kindern zu ermöglichen, müssen Straßenecken von parkenden Autos freigehalten bleiben; die STVO sieht einen Abstand von fünf Meter zur Einmündung vor. Entsprechende

Maßnahmen - auch bauliche- fordern wir ein. Auch mehr Zebrastreifen sind vonnöten.

Zu Fuß sicher durchs Nordend

Das Nordend ist ein Stadtteil der kurzen Wege. Mit seiner guten Anbindung an die Innenstadt, Bornheim und weitere Stadtteile soll für alle die Möglichkeit bestehen, ihre Ziele sicher und komfortabel zu Fuß zu erreichen. Kreuzungen sollen fußgängerfreundlich umgestaltet werden und die Wartezeiten für zu-Fuß-Gehende an Ampeln sollen systematisch reduziert werden.

Wichtig ist auch, an die Verkehrssicherheit der Kinder zu denken. Wer sich in ihre Lage versetzt, wird verstehen: Sie können nur sehr schwer an parkenden Autos vorbeiblicken, um eine Straße vor dem Überqueren einzusehen. Um eine gute Sicht auch Kindern zu ermöglichen, müssen Straßenecken von parkenden Autos freigehalten bleiben; die STVO sieht einen Abstand von fünf Meter zur Einmündung vor. Entsprechende Maßnahmen - auch bauliche- fordern wir ein. Auch mehr Zebrastreifen sind vonnöten. Konflikte mit Radfahrer*innen sollen durch bauliche Trennungen vermieden werden. Die Barrierefreiheit muss durchgehend und verlässlich gewährleistet werden: Rollstullfahrende und Eltern mit Kinderwagen sollen sich auch mit Extra-Breite überall bequem fortbewegen können. Gehwege sollen generell frei von parkenden KFZ sein und im Regelfall eine Mindestbreite von 3m aufweisen. Eine einfache Maßnahme, breitere Gehwege und Radwege zu schaffen, ist die Umstellung von Quer-Parkplätzen, bei denen Autos halb auf dem Gehweg stehen, auf parallel zur Straße ausgerichtete Parkplätze. Regelmäßige Workshops und Rundgänge mit Vertreter*innen der Verwaltung sollen zur Verbesserung bestehender Schwachstellen für den Fußverkehr führen. Wir fordern stärkere und regelmäßige Kontrollen durch die städtische Verkehrspolizei, um das Falschparken konsequent zu ahnden und gefährliche Situationen aufzulösen.

Das Nordend wird Fahrradstadtteil

Egal, ob von der Nationalbibliothek zur Fachhochschule, vom Frauensteiner Platz zum Friedberger Platz oder vom Günthersburgpark zum Merianplatz – mit dem Fahrrad lassen sich alle Ziele im Stadtteil schnell erreichen. Doch das Radfahren im Nordend ist nicht immer angenehm. Oft müssen sich Radfahrer*innen ihre Wege mit dem motorisierten Verkehr teilen, zuweilen stehen ihnen nur sehr schmale Randstreifen zur Verfügung und an einigen Stellen bergen die Schienen der U- und Straßenbahn Unfallgefahr. In zweiter Reihe parkende Fahrzeuge erhöhen das Gefahrenpotential zusätzlich. Im Ortsbeirat werden wir uns dafür einsetzen, die besonders gefahrträchtigen Stellen und Kreuzungen zu identifizieren und durch bauliche Maßnahmen die Sicherheit zu erhöhen. Die Glauburgstraße wollen wir für Radfahrer*innen sicherer machen, indem wir die dortigen Querparkplätze durch Längsparkplätze ersetzen und so mehr Platz abseits der mittig verlaufenden Schienenstränge schaffen. Auch in anderen Straßen - insbesondere engen Einbahnstraßen – kann auf diese Weise die Sicherheit erhöht werden.

Besonders Schülerinnen und Schüler sollen sich sicher fühlen, mit dem Fahrrad zur Schule fahren zu können. Vorschläge um dieses Ziel zu erreichen und um "Elterntaxis" weitgehend überflüssig zu machen, wollen wir in der kommenden Wahlperiode verstärkt einbringen, so zum Beispiel autofreie Zonen vor Schulhöfen.

Wir Grünen im Nordend fordern auch die Einrichtung eines sicheren Radweges entlang des Anlagenringes auf einer eigenen Spur. Dies entlastet die zu Fuß Gehenden auf der Anlage und ermöglicht Radfahrer*innen ein zügiges, sicheres Fahren. Weiterhin werden wir uns dafür stark machen, die noch bestehende Lücke des Radwegs auf der Friedberger Landstraße zwischen Friedberger Platz und Matthias-Beltz-Platz zu schließen.

Vom Parkraum zum Park-Raum

Gerade in dichtbesiedelten Vierteln wie dem Nordend brauchen Menschen unbedingt Raum, um sich in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnungen in angenehmer Atmosphäre draußen aufhalten und begegnen zu können. Die temporäre Spielstraße, die auf Betreiben des Ortsbeirates jedes Jahr in der Heidestraße eingerichtet wird, erfreut sich großer Beliebtheit. In der Nordendstraße entstand die bundesweit erste Begegnungszone als öffentlicher Raum, der allen zur Verfügung steht. Durch eine konsequente Parkraumbewirtschaftung, wie sie in Bornheim bereits eingeführt wurde, wollen wir mehr autofreie Begenungszonen und Fahrrad- und Spielstraßen etablieren. Wo immer es möglich ist, sollen Entsiegelung und Begrünung dazu führen, dass sich der Stadtteil im Sommer weniger aufheizt und dass die Menschen überall, und nicht nur an „Hotspots“ zusammenkommen und sich in angenehmer Atmosphäre aufhalten können. Das ist gut für die lokale Wirtschaft, den sozialen Zusammenhalt und die Gesundheit. Dort, wo in der Vergangenheit „Stellvertreter“ platziert wurden, um Kreuzungsecken vor Falschparker*innen zu schützen, sollen sie durch sinnvolleres Mobiliar, wie zum Beispiel Fahrradbügel, aber auch Sitzgelegenheiten und Begrünung ersetzt werden. Einmal im Jahr soll es einen autofreien Sonntag geben, an dem Straßen zu Festmeilen, zu Spielplätzen oder zu Freiluft-Restaurants werden können.

Bei Neubauprojekten soll ein möglichst großer Anteil der durch die Stellplatzsatzung zwangsweise einzurichtenden Parkplätze Fahrrädern, Lastenfahrrädern und geteilter Mobilität zugedacht werden, Parkräume sollen in Quartieren möglichst außerhalb liegen, damit in ihrer Mitte lebenswerte Aufenthaltsräume entstehen können. Universitäten, Schulen und Verwaltungsgebäude sollten optimal an den ÖPNV angebunden werden und nur den kleinstmöglichen Parkraum vorhalten.

Klimafreundlich unterwegs mit Bus und Bahn

Mit sechs U-Bahnlinien, zwei Straßenbahnlinien und vielen Busverbindungen ist das
Nordend bereits gut vernetzt. Zusätzlich setzen wir uns für die Weiterführung der Linie 18 nach Bad Vilbel ein. Ausbaufähig sind aus unserer Sicht vor allem die Querverbindungen“ – also die heute mit Buslinien erschlossenen Strecken zwischen Nordend-West und Nordend-Ost. Die Verstärkung der Buslinien 32 und 36, die seit dem letzten Fahrplanwechsel in kurzem Takt rund um die Uhr fahren, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Einrichtung einer Ringbahn könnte die Mobilität in unserem Stadtteil weiter vergrößern. Damit alle Menschen im Stadtteil vom öffentlichen Nahverkehr gleich gut profitieren können, fordern wir, dass kein Ort weiter als 500m von der nächsten barrierefreien Haltestelle entfernt liegen darf. An den Haltestellen sollen bequeme Umsteigemöglichkeiten auf geteilte Mobilitätsangebote und ausreichend Fahrradabstellplätze angeboten werden. Wir wollen uns darüber hinaus dafür einsetzen, Haltestellen und Gleisflächen zu begrünen. Um den Anreiz zu erhöhen, auf öffentliche

Verkehrsmittel umzusteigen, unterstützen wir die Einführung eines Ein-Euro-Tagestickets für den gesamten Frankfurter ÖPNV. Darüber erreichen wir auch die Ziele des Luftreinhalteplans und schützen die Gesundheit der Anwohner*innen.

Mobil sein heißt vernetzt sein

Unser Alltag wird zunehmend flexibler. Heute arbeiten wir im Home-Office, morgen fahren wir mit Bus und Bahn ins Büro und kürzen den Weg zur Haltestelle mit dem E-Scooter oder dem Leihfahrrad ab. So vielfältig unser Alltag ist, so vielfältig muss Mobilität werden. Durchschnittlich 23 Stunden pro Tag bleiben Fahrzeuge als „Stehzeuge“ ungenutzt – und immer mehr Menschen im Nordend entscheiden sich gegen ein eigenes Auto und für Carsharing. Die Mobilität der Zukunft wird vernetzter sein und die digitale Buchung verschiedener Fortbewegungsmittel über das Internet erlauben. In einem Beteiligungsprozess wollen wir ein Verkehrskonzept für unseren Stadtteil entwickeln, das dieser Entwicklung Rechnung trägt. Sharing-Angebote wollen wir stärken – wir wollen allerdings auch prüfen, inwieweit der Abstell- und Ladeprozess der Elektroroller so gestaltet werden kann, dass herumstehende Roller nicht zur Gefahr für Fußgänger*innen, spielende Kinder und Radfahrer*innen werden.

Autofahren? Aber sicher und klimagerecht!

Weniger ist mehr - weniger Gas bedeutet weniger Lärm, weniger Abgase, weniger CO2. Auf der Nibelungenallee gilt seit 2019 nachts eine Höchstgeschwindigkeit von Tempo 30. Für die Anwohner*innen bedeutet dies eine erhebliche Lärmminderung. Wir unterstützen die Ausweitung der nächtlichen Tempo-30-Zonen auf die weiteren Hauptverkehrsstraßen im Stadtteil. Besonders auf dem lauten Alleenring soll die Aufenthaltsqualität verbessert werden, indem die Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 40 gesenkt und ein Ausbau von Fahrrad- und ÖPNV-Infrastruktur vorangetrieben wird. Die Straßen sollen nicht für den Durchgangsverkehr durch den Stadtteil attraktiv sein, sondern für die Anwohner und Anwohnerinnen. Außerhalb des Rings soll auf allen Straßen Tempo 30 gelten, in Nebenstraßen möglichst Tempo 20. Den Autobahn-Transit-Verkehr reduzieren wir, indem wir gemeinsam mit Bornheim die Saalburgstraße vom Günthersburgpark (Nordend) bis zur Ringelstraße (Bornheim) verkehrsberuhigen. Nur noch Lieferverkehr, sowie ÖPNV sind berechtigt, die "Grenze" zu passieren. Die Bergerstraße wir dadurch zu einer echten Fußgängerzone mit positiven Effekten für die Wirtschaft beider Stadtteile. Auch die geforderte Citymaut für die Innenstadt wird, einmal umgesetzt, dazu beitragen, den Durchgangsverkehr auf den Hauptverkehrsstraßen im Nordend zu reduzieren.

Wir unterstützen auch den Umstieg auf Elektrofahrzeuge. Dafür wollen wir die Möglichkeit, Elektrofahrzeuge im Nordend zu laden, ausbauen, indem wir weitere Ladestationen errichten und Tiefgaragen mit E-Lade-Stationen unterstützen.

Vom Durchgangsverkehr zur Campusmeile – den Alleenring neu gestalten

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzepts der Stadt Frankfurt sieht vor, den nördlichen Alleenring mit dem Campus Westend der Goethe-Universität, der Frankfurt School of Finance & Management, der Deutschen Nationalbibliothek und der Frankfurt University of Applied Sciences zur Frankfurter Campusmeile zu entwickeln. Nach dem Vorbild des Frankfurter Museumsufers zielt die Bildung der Campusmeile darauf ab, die Vernetzung der Wissenschaftsinstitutionen zu fördern und dem Ring eine räumliche Identität zu geben. Das stärkt den

Wissenschaftsstandort Frankfurt. Wir GRÜNE begrüßen dieses Projekt ausdrücklich und sehen in der Campusmeile zudem die Chance, ein Leuchtturmprojekt der Mobilitätswende zu werden mit hoher Aufenthaltsqualität für Studierende und Bürger*innen. Daher bedauern wir, dass die Entwicklung der Campusmeile nur schleppend voran geht und setzen uns ein für:

- die Entwicklung eines ganzheitlichen konzeptionellen Ansatzes für die Campusmeile unter Beteiligung der Studierenden und der Bürger*innen;
- die schrittweise Umsetzung erster Maßnahmen des Ansatzes vor allem in Bezug auf das Mobilitätskonzept (z.B. Reduzierung der Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr, Reduzierung der zugelassenen Geschwindigkeit, Ausbau der Fahrradwege, neue verbindende Fußwege und Stärkung des ÖPVN);
- den Ausbau der Grünflächen und die Verdichtung des Baumbestandes.

A8 01 Umwelt und Klima neu denken (NEU)

Antragsteller*in: STG3 (STG3)

Text

Das Nordend soll auf dem Weg zur Klimaneutralität vorweg gehen!

Klima und Umwelt im Nordend neu denken

Wie alarmierend weit der Klimawandel fortgeschritten ist, haben wir alle in den letzten Jahren erlebt: Die trockenen und heißen Sommer der letzten 3 Jahre sind auch an den Parks und Grünstreifen im Nordend nicht spurlos vorübergegangen; die anhaltende Trockenheit setzte den Pflanzen und Tieren zu, viele Bäume mussten gefällt werden. Die Klimakrise können wir nicht bekämpfen, indem wir die Verantwortung nur bei der EU oder die Bundesregierung sehen, sondern auch, indem wir vor unserer Haustür anfangen – es kommt auf uns alle an!

Spätestens im Jahr 2050, das sieht der Masterplan 100 vor, will Frankfurt Klimaneutralität erreichen. Wir GRÜNE in Frankfurt wollen diesen Plan überarbeiten und einen Weg zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 beschreiten. Im Nordend können wir dazu erheblich beitragen! Das heißt konkret: Die Energie, die im Nordend verbraucht wird, soll zunehmend aus erneuerbaren Quellen stammen. Unseren derzeitigen Energieverbrauch müssen wir dazu ebenfalls deutlich reduzieren. Das klingt ambitioniert – ist aber durchaus machbar. Oft fehlen uns einfach die Kenntnisse und Informationen darüber, was für uns konkret umsetzbar ist und welche Fördermöglichkeiten wir dafür in Anspruch nehmen können.

Im Bereich Gebäude und Wärme, der einen Großteil unserer Emissionen ausmacht, wollen wir mit folgenden Maßnahmen schnell aktiv werden:

- Wir wollen ein individuelles Beratungsangebot einführen, wobei Klimaschutzberater*innen hilfesuchende Bürger*innen über Optionen bei der Gebäudesanierung, Möglichkeiten des Energiesparens oder zum Angebot von Ökostrom-Tarifen beraten können.

- Wir fordern beim Magistrat ein, bei der schwierigen energetischen Sanierung von Gründerzeit-Altbauten besonders zu unterstützen: Das Verhältnis von Altbauten und energetischer Sanierung muss besser aufeinander abgestimmt werden, beispielsweise durch die Überarbeitung von Erhaltungssatzungen. Zusätzlich sollen „Energie-Musterhäuser“ als Anschauungsobjekte für Haus- und Wohnungsbesitzer*innen geschaffen werden, die über mögliche Sanierungsmaßnahmen zur Energieeinsparung sowie deren Kosten informieren.

- Wir ermutigen und unterstützen die BewohnerInnen des Nordends, sich selbst mit Energie und Wärme zu versorgen und sie zu speichern, beispielsweise durch PV- und Solarthermieanlagen auf Dächern und an Balkonen und

Fassaden. Über die Möglichkeiten in Bereichen mit Erhaltungssatzungen soll transparent informiert werden und auf bessere Lösungen hingewirkt werden.

- Besonders mit Hilfe von Nahwärmenetzen und Geothermie sehen wir ein hohes Potential für die klimaneutrale Wärmeversorgung und werden den Magistrat bitten, diese Optionen bei allen neuen Bauvorhaben intensiv zu prüfen.

- Es wird nicht jeder Altbau im Stadtteil durch eine Sanierung zum Plus-Energiehaus werden können. Auch darum müssen Neubauten, wo immer die Verwaltung darauf Einfluss nehmen kann, möglichst im Plusenergie-Standard errichtet werden und damit mehr Energie produzieren, als sie verbrauchen. Wo dies nachweislich nicht möglich ist, soll mindestens der Passivhaus-Standard zur Anwendung kommen.

- Darüber hinaus wollen wir, wo immer es möglich ist, auf die Verwendung Umwelt- und Klimafreundlicher Baumaterialien hinwirken, insbesondere bei städtischen Bauten. Die Holzbauweise ist ein gut geeignetes Mittel, Kohlenstoff über längere Zeit zu speichern, Recyclingbeton ist eine gute Lösung, um die großen Abfallmengen der Bauindustrie sinnvoller zu nutzen.

- Auch die städtischen Liegenschaften im Nordend müssen zügig energetisch saniert und auf den Kurs zur Klimaneutralität gebracht werden. Dies gilt insbesondere für Sporthallen, Schulgebäude und Kitas. Wo immer eine Sanierung geplant wird, werden wir einfordern, dass die größtmöglichen Energiesparpotentiale verfolgt werden. Im Neubau muss die Stadt vorbildlich aufzeigen, wie klimaneutrales Bauen schon heute möglich ist. Alle städtischen Gebäude im Nordend sollen bis 2030 klimaneutral sein.

Mehr GRÜN im Stadtteil

Gerade in dichtbesiedelten und -bebauten Stadtteilen wie dem Nordend sorgen Parks und Grünflächen für den notwendigen klimatischen Ausgleich. Zugleich bieten sie Kindern und Erwachsenen Raum für Erholung, Begegnungen und Freizeitaktivitäten, ohne dass wir dafür ins Auto steigen müssen.

Während im östlichen Nordend der Günthersburgpark erweitert werden soll, fehlt es im westlichen Stadtteil an ausreichend Grünflächen. Umso wichtiger ist es, auf andere Weise für ausreichend Begrünung zu sorgen.

- Wir wollen daher durch die Entsiegelung von Flächen, durch das Pflanzen von Bäumen und durch die Förderung von Fassaden- und Dachbegrünungen insgesamt mehr Grünflächen im Nordend schaffen. Das Konzept "Stadt am Main" zeigt auf, wie neben einer Umgestaltung des Verkehrsraums auch mehr Grünflächen geschaffen werden können. Dies wollen wir auf das Nordend anwenden.

- Straßen sollen vermehrt an den Seiten begrünt werden und so zu attraktiveren Orten mit einer höheren Aufenthaltsqualität umgestaltet werden.

Beispiele:

-
  - Entsiegelungen entlang der Glauburgstraße halten wir für längst überfällig.

    - Auf den begrünten Mittelstreifen am Alleenring können Wildblumenwiesen und Insektenhäuser nicht nur einen Beitrag zum Klima-, sondern gleichzeitig auch zum Artenschutz leisten.

    - Ein Teil des Adlerflychtplatzes, neben der Trinkhalle, kann mit Stauden bepflanzt oder mit einer Blumenwiese eingesät werden

    - Der öffentliche Grünstreifen an der Epiphaniaskirche kann für einen Blühstreifen besser genutzt werden

    - Die Schienenführung der U-Bahn vor der Haltestelle Nationalbibliothek liegt zwischen einem Grünstreifen und einer geteerten Fläche. Diese Fläche soll entsiegelt und begrünt werden.

- Gemeinsam mit Initiativen vor Ort wollen wir im Rahmen der jährlichen Klimaschutzwoche Möglichkeiten für mehr Grün im Stadtteil vorstellen und die Menschen zum Mitmachen – beispielsweise in Form von Urban-Gardening-Projekten – einladen.

- Ansprechen wollen wir mit Aktionen gezielt auch die Eigentümer*innen von Vorgärten, die im Hinblick auf die Vorgartensatzung einer Umgestaltung und/oder Entsiegelung bedürfen. Zu diesem Zweck wollen wir eine Liste von Bäumen, Sträuchern und Pflanzen zusammenstellen, die sich besonders positiv auf das Klima auswirken und Eigentümer*innen der Vorgärten bei der Bepflanzung beraten. (Ä-Antrag Willi)

- Wir wollen bei der Planung und Gestaltung von Wohngebäuden und dem öffentlichen Raum noch stärker darauf drängen, dass systematisch Maßnahmen zur Begrünung von Plätzen, Dächern und Fassaden und somit zur Abkühlung berücksichtigt werden. Moderne Computermodelle können dabei unterstützen.

- Wir fordern, dass alles unternommen wird, damit so viele wertvolle Straßenbäume wie möglich erhalten bleiben. Hier gilt es zum Beispiel zu prüfen, inwieweit größere unversiegelte Flächen im Wurzelbereich (die sogenannten Baumscheiben) und Bewässerungssysteme zu ihrer Unterstützung geplant werden könnten. Geeignete Flächen sollen systematisch aufgezeigt werden und nicht erst auf Anfrage vom Magistrat für geeignet oder ungeeignet erklärt werden. An Stellen, an denen keine Baumpflanzungen möglich sind, fordern wir die Pflanzung von Büschen und Stauden. Die Forderung nach einem öffentlichen, digitalen Modell des Stadtteils, in dem Daten zu Leitungen, Kanälen, Bäumen und mehr zusammengeführt werden, unterstützen wir zur Verbesserung der Planung.

- Wir wollen die Grünflächen des Nordends und der benachbarten Stadtteile stärker miteinander vernetzen: insbesondere das Projekt der Einhausung der A661, das die Stadtteile Bornheim, Seckbach und das Nordend miteinander verbindet hilft der Tier- und Pflanzenwelt, bietet aber auch attraktive Wege für Menschen. Wir fordern stadtteilübergreifende Konzepte, in denen potenzielle grüne Korridore identifiziert werden, um diese bei zukünftigen Bauvorhaben berücksichtigen zu können. Wir planen auch eine "Grüne"

Holzbrücke für Fußgänger*innen die den Hauptfriedhof mit den Grünflächen östlich der Friedberger Landstraße verbindet.

- Schon seit Längerem setzen wir GRÜNE im Nordend uns im Ortsbeirat dafür ein, die Gaslaternen im Stadtteil sukzessive durch energiesparendere Leuchten auszutauschen. Wir fordern den Magistrat weiterhin auf, die existierenden Pläne endlich umzusetzen. Zu hohe Lichtemissionen und zu kaltes Licht schaden Mensch und Natur. Die Stadt muss über eine Lichtsatzung Standards durchsetzen, die eine Beleuchtung für Fassaden, Gärten und Gewerbeflächen regeln sollen, um die Lichtverschmutzung zu reduzieren aber auch Energieeffizienz und Sicherheit garantieren.

Wasser ist in Zeiten des Klimawandels ein knappes Gut

Wir wollen unsere Trinkwasserreserven schonen und Regenwasser als Brauchwasser für unsere Gärten und Grünflächen einsetzen. Denn in Zeiten des Klimawandels haben wir häufig stark wechselnde Wetterperioden, in denen sich Regen und Trockenheit nur über einen längeren Zeitraum abwechseln.

Deshalb ist es wesentlich, den Regen nicht in die Kanalisation abzuleiten, sondern ihn an der Oberfläche zu halten, um die Einsickerungszeit zu vergrößern, sowie das Regenwasser aufzufangen und es als Brauchwasser für die Bewässerung der Gärten, Bäume und Parks einzusetzen.

Deshalb schlagen wir vor:

- An öffentlichen Gebäuden wie Kirchen, Schulen, Hallen etc. Wasserauffangbecken zu montieren, in denen die Regenmengen der Dächer gesammelt werden.

- Darüber hinaus werden wir versuchen, auch die Eigentümer von Wohnhäusern für diese Idee zu gewinnen.

Wir fordern den Magistrat auf, unter Beteiligung der Ortsbeiräte ein Konzept zu erarbeiten, wie systematisch Regenwasser aufgefangen und als Brauchwassernutzbar gemacht werden kann.

Bei beginnender Trockenheit sollte deshalb Rasenbewässerung nur mit Brauchwasser möglich sein, um die Anzahl der Wassersammelbehälter zu steigern.

Müll vermeiden und nachhaltig leben

Das Pfandbecher-System, das Anfang 2018 von der Initiative „Lust auf besser leben“ unter anderem im Nordend gestartet und schließlich von der FES weiter ausgebaut wurde, wollen wir auf andere Behältnisse übertragen, etwa auf Transportboxen für Take-Away-Mahlzeiten und hierfür ein Modellprojekt im Nordend initiieren.

Vor mehr als einem Jahrzehnt wurde am Merianplatz der erste Offene Bücherschrank aufgestellt. Das Prinzip ist einfach, nachhaltig und sozial: Aussortierte Bücher landen nicht im Müll, sondern im Bücherschrank und können dort kostenlos und rund um die Uhr entliehen werden. Sechs Offene Bücherschränke gibt es derzeit im Nordend – weitere sollen folgen. Viele Menschen im Nordend haben das Konzept bereits auf andere Gegenstände des täglichen Bedarfs ausgeweitet und stellen beispielsweise ausrangierte Küchenartikel oder Kleidung in Kartons zum Mitnehmen

vor die Haustür, anstatt diese einfach wegzuwerfen. Das wollen wir unterstützen, indem wir an zentralen Stellen im Stadtteil sogenannte „Give-Boxen“ aufstellen, in denen die Gegenstände vor Wind und Wetter geschützt angeboten werden können.

Stadtteilplanung im Klimawandel: Unsere Position zum Areal „Günthersburghöfe“

Auch angesichts der sich in den zurückliegenden Jahren verschärfenden Klima- und Biodiversitätskrise und ihrer spürbaren Auswirkungen haben die Grünen in Frankfurt sich gegen eine Bebauung der nicht bereits versiegelten Flächen auf dem Areal der Klein- und Freizeitgärten zwischen der Friedberger Landstraße und dem Günthersburgpark ausgesprochen.

Das Bauprojekt „Günthersburghöfe" im Nordend unterscheidet sich stark von anderen Bauprojekten, denn das zur Bebauung vorgesehene Areal ist bereits ein etablierter Rückzugsraum für Mensch und Tier und hat einen entsprechend hohen Wert für seine Nachbarschaft und auch weit darüber hinaus: Das Projekt ist nicht nur im Nordend, sondern in der ganzen Stadt zum Fokus der Diskussion über das Bauen in der Klimakrise und Versiegelung in Zeiten der Biodiversitätskrise geworden.

Hitzerekorde, vermehrt auftretende tropische Nächte, Dürren und das Absterben von Straßenbäumen lassen befürchten, dass die Verwirklichung der bisher verfolgten Planung für die Umgebung gravierende negative Auswirkungen hätte.

Stattdessen soll die Nutzung des Areals für öffentliche Gartenflächen („Gemüseheldinnen“) und Naturschutzprojekte zur Förderung der Biodiversität weiterentwickelt und den Bürger*innen als wichtiges Naherholungsgebiet zugänglich gemacht werden.

Die klimaverträgliche Bebauung der bereits versiegelten Flächen in dem Areal, zum Beispiel die Bebauung des Betriebshofes des Amtes für Straßenbau und Erschließung an der Hungener Straße oder anderer bereits im wesentlichen versiegelten Flächen soll weiter vorangetrieben werden. Das alles jedoch unter der Prämisse:

- Im Planungsgebiet soll ein für Frankfurt beispielhaftes Naturquartier und auf den versiegelten Flächen eine klimagerechte Wohnbebauung entstehen

- Entscheidend dabei ist, die Natur- und Freiflächen zu erhalten und die jetzt schon versiegelten Flächen mit vor allem dringend benötigten geförderten Wohnungen, Raum für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen und natürlich auch einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur zu bebauen. Daher müssen nun neue Vorschläge mit dieser klaren Zielvorgabe erarbeitet werden, die aufzeigen, wie die versiegelten Flächen stärker für eine lokale Klima verträgliche, aber auch emissions- und autofreie Wohnbebauung genutzt werden können und wie die bestehenden Grünflächen für mehr Menschen erlebbar gemacht werden können

- Insbesondere ist zu untersuchen, wie das Gebiet gestaltet werden muss, damit es weiter zur Abkühlung der umliegenden Quartiere beitragen kann

- Bürgerinnen und Initiativen fordern von der Politik ein Umdenken, um den Konflikt zwischen Klimaschutz und Wohnbebauung zu lösen. Deshalb sind wir

für einen weiteren mit den Bürger*innen gemeinsam durchgeführten
Planungsprozess, ähnlich wie bei den Planungswerkstätten zum Kulturcampus

A9 3. Vielfalt neu Denken (Neu)

Antragsteller*in: STG 3 (STG 3)

Text

Vielfalt neu denken

Ein urbanes, weltoffenes Klima ist für unseren Stadtteil prägend: Fast 40% der Menschen im Nordend haben eine internationale Familiengeschichte; sie stammen aus über 100 Nationen der Erde. Auch im Nordend leben wieder mehr Familien mit Kindern, und viele langjährige und ältere Bewohnerinnen und Bewohner unseres Stadtteils, viele davon Singles, empfinden das Nordend als ihr Zuhause.
Gerade wegen dieser gesellschaftlichen Vielfalt und seines urbanen Charakters gehört das Nordend zu den beliebtesten Vierteln Frankfurts. Hier möchten wir gut zusammenleben und einander rücksichtsvoll und tolerant begegnen. Wenn Spannungen auftreten, setzen wir uns für Lösungen ein, die möglichst alle mittragen können.
Alle Menschen im Stadtteil sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
Zugleich wissen wir: Auch das Nordend ist nicht frei von sozialen Problemen.
Viele Menschen sind beunruhigt, weil sie Angst vor Verdrängung und Gentrifizierung haben. Diese Sorgen sind begründet, denn es hat in den letzten Jahren eine schleichende Verdrängung vor allem aus dem Osten des Stadtbezirks stattgefunden, aus dem viele Menschen und Familien – weniger wohlhabende, darunter nicht selten Migrant*innen – bereits fortgezogen sind. Wir GRÜNE nehmen diese berechtigten Befürchtungen vor Verdrängungsdruck ernst und stellen uns den damit verbundenen Herausforderungen.

Vielfalt lebt von Begegnungen

Seit vielen Jahren setzen sich die GRÜNEN im Ortsbeirat für ein Stadtteiltreff im Merianbad ein, das nach jahrelangen Verhandlungen mit dem Magistrat im Januar 2020 endlich eröffnet werden konnte. Die Ortsvorsteherin und weitere städtische Ehrenamtliche und der Schutzmann vor Ort bieten hier regelmäßige Sprechzeiten an. Im Rahmen der bescheidenen räumlichen Möglichkeiten treffen sich hier schon jetzt Vereine und Initiativen mit Stadtteilbezug.
Auf dem Areal des Glauburgbunkers soll nach dessen Abriss ein Wohnungsneubau errichtet werden. Der Ortsbeirat konnte durchsetzen, dass das Erdgeschoss einer stadtteilbezogenen sozialkulturellen Nutzung vorbehalten bleibt. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass hier auch ein inklusives Quartierscafé Platz findet, in dem Veranstaltungen und Feiern von Vereinen, Initiativen und privaten Gruppen stattfinden können. Angesichts des Bedarfs an weiteren Krabbelstuben im Nordend halten wir es für sinnvoll, hier auf der ca. 600 Quadratmeter umfassenden Fläche ein Angebot auch für Kinder unter 3 Jahren vorzusehen.
Wir GRÜNE möchten eine verstärkte Kooperation zwischen Ortsbeirat und der im Nordend ansässigen Fachhochschule (University of Applied Sciences) anregen und wollen diese weiterentwickeln. Dafür bieten sich Projekte des stadtteilbezogenen Miteinanders an, aber auch Themen der Stadt(teil)entwicklung wie Wohnen, Mobilität, öffentlicher Raum, Gestaltung der Campusmeile an.

Vielfalt und Bildung

Tagtägliche Orte der Begegnung sind schon heute die Kitas, Schulen, andere Bildungseinrichtungen. An kaum an einem anderen Ort kommen so viele Familien, Kinder und Jugendliche wie auch Erwachsene unterschiedlichster Herkunft und kultureller Prägung Tag für Tag zusammen. Besonders Kitas und Schulen sind für

das Gelingen von Inklusion und Integration elementar. Ehrenamtliches Engagement, das wir GRÜNE jederzeit unterstützen, verbessert z.B. in der Sprachförderung die Bedingungen für die Entwicklungschancen aller Kinder und Jugendlicher.
In den letzten Jahren hat sich im Nordend eine gute Infrastruktur für außerschulische Bildung entwickelt und bewährt. Die untereinander gut vernetzten Organisationen bieten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Programme für Bildung und Beteiligung an, die wir GRÜNE auch bei schwieriger Haushaltlage unbedingt erhalten möchten. Der Stadtteilarbeitskreis Kinder- und Jugendarbeit ist ein weiteres Beispiel für gelungene Integrationsarbeit; er trifft sich regelmäßig und arbeitet an gemeinsamen Projekten wie bei der Aktion "Schwellen runter", die sich um einen guten Übergang von Schule in den Beruf bemüht.
Besonders unterstützen möchten wir die Bildungsarbeit für junge Menschen, für Frauen und Mädchen sowie für Menschen mit internationaler Familiengeschichte, um ihnen Wege in den Arbeitsmarkt und zu politischer Mitwirkung zu ebnen oder neu zu eröffnen. Aber auch für das während der Pandemie vermehrt erwachte Interessen älterer Menschen an Digitalisierung möchten wir in geeigneten Projekten aufgreifen.

Vielfalt sichtbarer machen

Zahlreiche Initiativen und Vereine setzen sich schon jetzt im Nordend für Diversität und Teilhabe ein. Der jährliche Diversity-Tag oder die Interkulturellen Wochen könnten den Rahmen für eine mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten organisierte Veranstaltung bieten, damit sich diese Gruppen der Öffentlichkeit vorzustellen können.
Wir wollen als GRÜNE im Nordend die einzelnen Gruppen – wie People of Color, LSBT*IQ und Migrant*innen – dabei unterstützen, auf ihre Probleme aufmerksam zu machen.
Sichtbar machen möchten wir auch weibliche Vorbilder aus dem Stadtteil. Projekte hierzu begrüßen und unterstützen wir GRÜNE. Wenn Straßen, Plätze und Schulen einen (neuen) Namen brauchen, sollen Frauen an erster Stelle berücksichtigt werden.

Keine Toleranz gegenüber Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung

Mit großer Sorge nehmen wir in unserer Gesellschaft eine Verschiebung des Sagbaren wahr. Diskriminierende Äußerungen, die gestern noch breite Empörung ausgelöst haben, werden heute mitunter stillschweigend gebilligt. Wir GRÜNE wollen mit dazu beitragen, dass für Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung keinen Raum in unserem Stadtteil finden.
Auch im Nordend wollen wir gezielte Antirassismus- und Antidiskriminierungs-Arbeit voranbringen – in Form von Kampagnen, Schulungen, Präventions- und Mediationsangeboten. Dass dies nötig ist, zeigen diskriminierende Erfahrungen z.B. bei der Wohnungssuche, wo es immer wieder auch im Nordend vorkommt, dass nach Herkunft, Namen und Aussehen entschieden wird.
Ein erster Schritt besteht darin, dass von Diskriminierung, Anfeindungen, Hass und Gewalt betroffenen Menschen nicht allein bleiben und Gehör finden. Doch wir wollen einen konkreten Schritt weiter gehen und eine Fachberatung für Menschen, die Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung erleben mussten, zu uns in den Stadtteil holen. Die Anlaufstelle hierfür könnte der Stadtteiltreff am

Merianplatz sein. Hier sollen, wie wir GRÜNE im Ortsbeirat vorschlagen werden, Expert*innen des Projektes „response“ Betroffene vor Ort beraten.

Antirassistische Erinnerungskultur ist uns GRÜNEN ein Herzensanliegen. Wir möchten deshalb dazu beitragen, den Stadtteilspaziergang, von der GRÜNEN Jugend zum 75. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai entwickelt, im Nordend zu verstetigen. Ein solcher Ort des Gedenkens ist die Klingerschule, 1933 bis 1937 als SS-Kaserne und Folterstätte missbraucht, 1941 bis 1943 als Versteigerungsort des Hausrats der aus Frankfurt deportierten und später ermordeten Frankfurter Jüdinnen und Juden. Der Vorplatz der Schule soll, wie im Herbst 2020 im Ortsbeirat Nordend beschlossen, neu gestaltet werden und an die Geschichte dieses Ortes erinnern. Hier soll eine Station der Frankfurter Erinnerungskultur entstehen.

A10 02 Wohnen neu Denken (Neu)

Gremium: STG3 Wohnen-Programmgruppe
Beschlussdatum: 18.12.2020

Text

Das Nordend ist eines der begehrtesten Wohnviertel Frankfurts. Die Wohnungsmieten gehören zu den höchsten unserer Stadt und steigen weiter an. Viele Menschen können sich daher das Wohnen in unserem Stadtteil nicht mehr leisten. Fast nur Menschen, die schon lange hier leben, können ihre Miete noch als „günstig“ empfinden – doch sie sind oftmals von Verdrängung bedroht. Wir wollen den Trend der Spekulation und Gentrifizierung der zurückliegenden Dekaden aufhalten und das Nordend als urbanen Stadtteil in seiner sozialen und kulturellen Vielfalt erhalten und weiterentwickeln. Wir setzen uns für folgende Maßnahmen ein:

Milieuschutz erweitern, Verdrängung verhindern

Zur Eindämmung der Gentrifizierung wurden 2018 für einige Bereiche des Nordends Milieuschutzsatzungen erlassen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sich der Milieuschutz auf weite Teile des Nordends erstreckt. Wo der Milieuschutz gilt, zeigt er bereits auch Wirkung. Es muss aber nachgebessert werden. Bei Eigentümerwechsel soll die Stadt viel konsequenter von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen, um auf diese Weise bzw. durch restriktive Abwendungsvereinbarungen mit möglichst langer Geltungsdauer spekulative Eigentümerwechsel von Wohnhäusern zu unterbinden und die Mieter*innen wirksam zu schützen. Durch die Einführung eines strengen Umwandlungsvorbehalts soll die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen grundsätzlich versagt werden. Die Entmietungspraktiken von Immobilienspekulant*innen wollen wir öffentlich machen, durch die Stadtverwaltung detailliert auf ihre Rechtsmäßigkeit prüfen lassen und wo immer es möglich ist, wirksame Gegenmaßnahmen einfordern.

Leerstand bekämpfen

Im Nordend stehen sehr viele große Wohnhäuser leer, viele seit Jahren, manche seit Jahrzehnten. Überwiegend aus der Gründerzeit, in jüngster Zeit auch Nachkriegsbauten aus den 60er/70er Jahren. Wir haben kein Verständnis dafür, dass sich das Land Hessen immer noch weigert, Frankfurt und anderen Städteneine rechtliche Grundlage an die Hand zu geben, die es ermöglicht, über Bußgelder und im letzten Schritt auch Enteignungen wirksam gegen Zweckentfremdung von Wohnraum vorzugehen. Damit könnte sowohl spekulativem Leerstand als auch der Tendenz, Wohnraum als Kurzzeitvermietung von möblierten Appartements dem normalen Wohnungsmarkt zu entziehen, effektiv entgegengewirkt werden. Wir halten daran fest, dass die systematische Erfassung und Bekämpfung des Leerstands unabdingbar ist. Im Ortsbeirat werden wir weiterhin den Leerstand im Stadtteil konseqent thematisieren und vom Magistrat entschiedendes Handeln gemäß dem Grundsatz "Eigentum verpflichtet" einfordern.

Bezahlbar und klimagerecht bauen

Bei allen Mieter*innenschutz-Maßnahmen gilt für uns: Wir brauchen Lösungen, bei denen Mieter*innen- und Umweltschutz sich nicht konterkarieren, sondern Hand in Hand funktionieren.

Auch im Neubau müssen wir diese Frage lösen: Neubauten sollen grundsätzlich mindestens im Passivhausstandard, wo immer möglich jedoch im Plus-Energie-Standard entstehen und Maßnahmen wie Photovoltaik, Dach- und Fassadenbegrünung integrieren. Grundsätzlich sollen im Neubau ressourcenschonende und ökologisch vorteilhafte Baustoffe wie z. B. Holz oder Recycling-Beton zum Einsatz kommen. Auch Systeme für Brauchwasserkreisläufe in Neubaugebieten müssen immer geprüft werden.

Wohnungsneubau durch behutsame Nachverdichtung wird von uns unter der Voraussetzung mitgetragen, dass er nicht den Verdrängungsdruck forciert und dass soziale und Klima-Standards eingehalten werden. Unser Leitbild ist dabei das Prinzip der „doppelten Innenentwicklung", bei der die bauliche Nachverdichtung gemeinsam mit einer Entwicklung und Verbesserung von urbanen Grünflächen gedacht wird, um die Lebensqualität in den Quartieren trotz höherer baulicher Dichte zu steigern.

Durch den Baulandbeschluss vom Mai 2020 wurden in Frankfurt verbindliche Quoten von 30 Prozent für geförderte Wohnungen, 15 Prozent für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohngruppen, 15 Prozent für Mietwohnungen und zehn Prozent für preisreduzierte Eigentumswohnungen eingeführt. Für den Bau von Eigentumswohnungen verbleiben 30% der Flächen. Wir sehen den Baulandbeschluss als großen Schritt in die richtige Richtung, setzen uns aber dafür ein, die Quoten für geförderten Wohnungsbau auf 60% zu erhöhen. Der Baulandbeschluss soll auch auf kleine Wohneinheiten unter 30 Wohnungen ausgedehnt werden.

Wohnungstausch ermöglichen

Gerade die Gründerzeitbauten im Nordend sind oft nicht barrierefrei zugänglich. Viele ältere Menschen würden gerne in eine kleinere oder barrierefreie Wohnung im Viertel umziehen, die sie aber kaum finden. Hinzu kommt, dass sie sich die hohen Mieten bei Neuabschluss eines Mietvertrages nicht leisten können. Wir möchten diese Menschen, aber auch Familien, die eine große, bezahlbare Wohnung suchen unterstützen, indem wir für unseren Stadtteil die Entwicklung und Erprobung eines Konzeptes für eine private und öffentliche Vermieter umfassende Wohnungstauschbörse initiieren, möglichst unter Federführung einer städtischen Stabstelle und als Modellprojekt für die ganze Stadt Frankfurt.

Städtische Förder- und Hilfsprogramme bekannter machen

Die Stadt Frankfurt hat inzwischen verschiedenste Förder- und Hilfsprogramme für Mieter*innen und Immobilienbesitzer*innen aufgelegt. Wir wollen dazu beitragen, dass die Menschen, die diese in Anspruch nehmen könnten, darüber informiert und bürokratische Hürden abgebaut werden.

Hervorzuheben wären hier die Stabstelle Mieterschutz, die Beratungsstelle „Hilfen zur Wohnungssicherung", das Förderprogramm „Frankfurt frischt auf" und die Energieberatung des Frankfurter Energiereferats. Wir wollen Vertreter*innen dieser Stellen in den OBR einladen und Formate erarbeiten, in denen sie der breiteren Öffentlichkeit im Stadtteil bekannt werden.

Die laufende Erarbeitung eines Konzeptes für eine „Genossenschaftliche Immobilienagentur" (kurz GIMA) für Frankfurt begrüßen wir und setzen uns für ihre baldige Gründung ein. An eine solche Genossenschaft könnten sich Immobilienbesitzer*innen wenden, die ihre Häuser zu fairen Preisen an eine

Genossenschaft ihrer Mieter*innen verkaufen wollen um sie so langfristig vor übertriebenen Mieterhöhungen zu schützen.

Mietspiegel weiterentwickeln

Der Mietspiegel weist fast das ganze Nordend als gehobene oder sehr gute Wohnlage aus – trotz des dichtesten Netzes an Straßen mit besonders hoher Lärmbelästigung. Das liegt daran, dass die Bewertung der Wohnlage auf Höhe und Entwicklung des Bodenwerts basiert. Bis 2018 galt, dass der im Mietspiegel für gehobene und sehr Wohnlagen festgelegte Zuschlag an Straßen mit besonders hoher Lärmbelästigung nicht erhoben wurde. Seit 2018 ist diese Regelung aufgehoben. Das betrifft tausende Mietwohnungen im Nordend. Wir setzen uns dafür ein, dass künftige Frankfurter Mietspiegel (ab 2022) regeln, dass der Lagenzuschlag an Straßen mit besonders hoher Lärmbelästigung wieder entfällt.
Darüber hinaus fordern wir, dass sich der Magistrat zB über den Städtetag dafür einsetzt, dass die Berechnungsgrundlage für die ortsübliche Vergleichsmiete in der Bundesgesetzgebung so geändert wird, dass alle, nicht nur die in den letzten vier Jahren neu vereinbarten Mietverhältnisse einbezogen werden. Dies würde den Mietspiegel deutlich dämpfen.

A11NEU Nordend für Kinder

Antragsteller*in: Christian Bischoff

Text

Das Nordend hat attraktive Parks und Spielplätze. Auch insgesamt hat sich die Situation für Kinder und Familien in den letzten Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich verbessert. Mit Tempo 30 und Gehwegenasen beispielsweise wurde viel für die Verkehrssicherheit geleistet, Spielplätze sind attraktiver geworden – zuletzt etwa wurde der Spielplatz im Holzhausenpark neu gestaltet -, die Kinderbetreuung wurde ausgebaut und Platzvergabe über die Plattform „kindernet“ im Großen und Ganzen nutzerfreundlich, transparent und effizient gestaltet.
Es bleibt aber viel zu tun. Das gilt insbesondere für den öffentliche Straßenraum und die Plätze vor der eigenen Haustür. Diese sind für Kinder kaum zum Spielen geeignet. Dabei wäre es ja schön, wenn sich Kindern wohnortnah mit anderen aus der Nachbarschaft draußen treffen könnten – vielleicht auch ohne dass immer die Eltern dabei sein müssten. Stattdessen haben wir: Zu wenig Platz, zu viel Verkehr, zu unsichere Verkehrswege. Da muss das Nordend besser werden. Wir wollen mehr Angebote schaffen, damit sich Kinder freier und sicherer bewegen können. Darüber hinaus wollen wir eine gute Kinderbetreuung sicherstellen und Kinder stärker am Willensbildungsprozess beteiligen.

Insgesamt schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

Sichere Verkehrswege für Kinder

Wir brauchen mehr Verkehrssicherheit für Kinder. Wer sich in ihre Lage versetzt, wird schnell verstehen: Sie können nur sehr schwer an parkenden Autos vorbeiblicken, um eine Straße vor dem Überqueren einzusehen. Um ihnen eine gute Sicht zu ermöglichen, müssen Straßenecken von parkenden Autos freigehalten bleiben; die STVO sieht einen Abstand von fünf Meter zur Einmündung vor. Entsprechende Maßnahmen - z. B. Radbügel, Bänke, Gehwegnasen - fordern wir ein. Auch mehr Zebrastreifen sind vonnöten. So werden Wege für Kinder attraktiver.

Auch für Eltern mit Kinderwagen sind eine freie Sicht in den Straßenraum und im Übrigen auch genügend Platz auf den Gehwegen wichtig.

Immer mehr Kinder fahren mit dem eigenen Rad zur Schule. Wir fordern ein, dass die Schulwege auch diesbezüglich auf ihre Attraktivität und Sicherheit geprüft und angepasst werden. Ziel ist es, dass Kinder sich möglichst früh und selbstständig im Straßenraum bewegen können – zu Fuß und mit dem Fahrrad. Das wollen wir fördern.

Spielflächen auf Straßen und Plätzen

Damit Kinder mehr Spielmöglichkeiten vor der Haustür bzw. wohnortnah haben, setzen wir uns dafür ein, mehr Straßen in verkehrsberuhigte Bereiche (Spielstraßen) umzuwandeln. Solche verkehrsberuhigten Bereiche sind nicht immer autofrei. Doch allen Verkehrsteilnehmenden ist klar angezeigt: Hier ist mit spielenden Kindern zu rechnen, hier gilt Schritttempo. Wichtig ist dabei auch, dass Kinder die für sie neuen Räume annehmen und sich erobern. Des Weiteren wollen wir auch asphaltierte Flächen beispielsweise zum Skateboard- und Rollerfahren für Kinder bereitstellen. Auf geeigneten Plätzen oder an breiten Gehwegstelle wollen wir Spielpunkte einrichten.

Am Heideplatz gibt es von März bis Oktober einmal pro Woche eine temporäre Spielstraße, die sich hoher Beliebtheit erfreut. Hier haben Kinder die Möglichkeit, betreut und mit besonderen Spielgeräten die Straße für sich zu nutzen. Solche Initiativen wollen wir weiterhin fördern und unterstützen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass im Nordend weitere temporäre Spielstraßen eingerichtet und gefördert werden. Im Laufe der kommenden fünf Jahre sollten mindestens drei weitere hinzukommen. Dabei setzen wir auch auf die Beteiligung und Initiative von Anwohner*innen, die sich beim Ortsbeirat melden und mitteilen können, dass sie „ihre" Straße zu einem verkehrsberuhigten Bereich umwandeln wollen. Auf dem Glauburgplatz und dem Merianplatz betreuen Kindereinrichtungen Spielecontainer und ermöglichen Kindern vielfältige Spiele. Solche Initiativen wollen wir unterstützen und fördern.

Des Weiteren wollen wir erneut die Initiative ergreifen, um Schulhöfe nach Schulschluss auch als öffentliche Spiel-, Sport- und Bewegungsflächen für Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil zu öffnen.

Spielplätze attraktiv halten / Patenschaften fördern

Die Anzahl von Kindern wächst im Stadtteil immer weiter, auch weil es eine gute Infrastruktur im Stadtteil gibt. Diese wollen wir erhalten und verbessern.

Die meisten Spielplätze im Nordend sind sehr gut besucht. Wir wollen, dass die Ausstattung attraktiv und sicher ist. Für manche Spielplätze haben Kinder- oder Schülerläden eine Patenschaft übernommen. Das hat sich bewährt. Deshalb wollen wir weitere solcher Patenschaften, die auch Eltern für einen Spielplatz in ihrer Nähe übernehmen können, unterstützen. Gut wäre auch eine bessere Ausstattung mit öffentlichen Toiletten auf Spielplätzen oder zumindest in gut erreichbarer Nähe. Darüber hinaus wollen wir barrierefreie Spielgeräte etablieren.

Kinder stärker an der Willensbildung beteiligen

Mit dem großen Kinderfest der Frankfurter Bürgerstiftung im Holzhausenpark konnte 2018 der sanierte Holzhausenpark wieder eröffnet werden. Bei der Gestaltung des Spielparks waren die Kinder aktiv mit einbezogen worden, was allen viel Spaß gemacht und zu guten Ergebnissen geführt hat.
Wir möchten grundsätzlich die Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche stärken, sich mit ihren Ideen in die Entwicklung unseres Stadtteils einzubringen. Im Ortsbeirat bietet sich ein öffentliches Forum dazu. Mindestens ein bis zweimal im Jahr sollten Anliegen von Kindern und Jugendlichen Schwerpunktthema der Bürgerfragestunde sein.

Kinderbetreuung

Das Betreuungsangebot für Kinder ab drei Jahren ist im Nordend gut ausgebaut. Für Kinder unter drei Jahren reichen die Angebote in Krippen, Krabbelstuben und Tagesfamilien bei Weitem nicht aus. Wir GRÜNE werden uns im Ortsbeirat verstärkt für Angebotsverbesserungen einsetzen.

Schulische Angebote erweitern

Uns ist wichtig, dass für die Kinder des Nordends beim Übergang in die weiterführende Schule wohnortnah mehr Schulplätze angeboten werden und der Schulentwicklungsplan in diesem Sinne fortgeschrieben wird – für Gymnasien, Realschulen und Integrierte Gesamtschulen. Im Nordend wohnen viele Familien mit

Kindern im Grundschulalter, die auf gute Betreuungsangebote am Nachmittag und während der Ferien angewiesen sind. Insgesamt steht das Nordend mit seinem breiten Angebot an Hort- und schulischen Betreuungsplätzen gut da. Wir setzen uns dafür ein, dass zusätzliche Angebote vor allem an den Grundschulen geschaffen und diese zu ganztägig arbeitenden Schulen ausgebaut werden.

Darüber hinaus unterstützen wir die Jugendsozialarbeit, die von unterschiedlichen Trägern an den Schulen geleistet wird.

Sanierungen

Wir freuen uns, dass in der zu Ende gehenden Wahlperiode drei Nordendschulen, nämlich die Elisabethenschule, die Merianschule und die Klingerschule, umfassend und nach hohen Standards saniert worden sind. Wir setzen uns dafür ein, dass mit der Sanierung der Schwarzburgschule noch im laufenden Schuljahr begonnen wird.

Wir sehen den Magistrat in der Pflicht, beim beabsichtigten Abbruch des Glauburgbunkers gegenüber dem Bauherrn sicherzustellen, dass die Lärmemissionen den Unterricht in der Schwarzburgschule und den pädagogischen Alltag in der städtischen Kita (KiZ 103) nicht beeinträchtigen. Andernfalls sind Schule und Kita vorübergehend - und zu Lasten des Bauherrn - auszulagern.

Digitalisierung

In der Corona-Krise ist jedoch noch ein weiteres Thema deutlich zu Tage getreten: Die Digitalisierung der Schulen. Nicht neu, aber in der gegenwärtigen Situation wurde vor Augen geführt, dass an den meisten Schulen – bundesweit – erheblicher Nachholbedarf besteht.

Die Digitalisierung der Schulen ist eine bundesweite Aufgabe und kann nicht im Stadtteil allein gelöst werden. Wir wollen das Thema aber im Ortsbereit thematisieren und einfordern, dass die Stadt Frankfurt als Schulträger und Land Hessen die Schulen finanziell und personell entsprechend ausstattet und dabei auch unterstützt, verfügbare Fördermittel des Bundes abrufen zu können.

Essensversorgung an Schulen

Die Stadtverordnetenversammlung hat in diesem Jahr ein neues Konzept zur Essensversorgung an Frankfurter Schulen beschlossen. Dabei werden die wesentlichen Standards berücksichtigt, die Voraussetzungen sind für hochwertige Qualität des Essens und für hohe Zufriedenheits- und Akzeptanzwerte bei Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern. Ein Problem ist, dass die Komplexität und der bürokratische Aufwand des Bewerbungsverfahrens, das europäischem Vergaberecht unterliegt, weiterhin große Anbieter begünstigt.

Wir Grünen präferieren deshalb einen Weg unterhalb des europäischen Vergaberechts: Schulen, die dies wollen, erhalten die Möglichkeit, über die Vergabe des Caterings am Ende des Verfahrens durch das Votum der Schulgemeinde selbst entscheiden zu können. Das lehrt auch der Ausgang des jüngsten Vergabeverfahrens an der IGS Nordend im Herbst 2020, bei dem sich die von der Schulgemeinde favorisierte Bewerberin erneut nicht durchsetzen konnte. Zur Erinnerung: Die Schüler*innen und Eltern der IGS Nordend protestierten 2018 monatelang gegen die Vergabe des Caterings an Sodexo, einen börsennotierten, internationalen Cateringkonzern. Ihr Protest und „Mensastreik“ haben die Neuausrichtung der Essensversorgung an Frankfurter Schulen überhaupt erst

angestoßen.
Wir Grünen werden im Ortsbeirat die IGS Nordend weiterhin darin unterstützen, dass die Entscheidung über das Catering am Ende von der Schulgemeinde selbst getroffen werden kann.

A12 Leben und Arbeiten im Nordend (Neu)

Gremium: stg3
Beschlussdatum: 05.01.2021

Text

Leben und Arbeiten liegen im Nordend nah beieinander. Der Stadtteil ist geprägt von kleinen inhabergeführten Geschäften und abwechslungsreicher Gastronomie. Kulturstätten wie zum Beispiel Kinos, Theater, Galerien und Bars ziehen weit über die Stadtteilgrenzen hinaus ein kulturinteressiertes Publikum an, ebenso die zahlreichen Buchläden in unserem Viertel. Die Corona-Pandemie stellt Unternehmen, Kulturbetriebe, Freiberufler*innen und Solo-Selbstständige vor schwierige, kaum zu meisternde Herausforderungen: Die Corona-Auflagen und zeitweiligen Schließungen im Frühjahr und im Winter bedeuten für sie trotz aller Hilfen von Bund und Land massive Einnahmeverluste. Wir wollen zur Verbesserung ihrer Situation beitragen. Darüber hinaus müssen wir auch an das Miteinander im Stadtteil denken: Vor allem in den warmen Sommermonaten zieht es die Menschen im Nordend nach draußen. Der Friedberger Platz, der Matthias-Beltz-Platz und der Luisenplatz sind an den Wochenenden beliebte Treffpunkte. Das bringt auch Konflikte mit den Anwohner*innen mit sich, die durch den Lärm und das Verhalten einiger der Feiernden gestört werden . Hier bemühen wir uns immer wieder um einen Ausgleich.

Spiel- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Familien gibt es reichlich, doch hier bringen wir Ideen ein, die Situation noch deutlich zu verbessern (siehe hierzu Kapitel „Nordend für Kinder“)

Einzelhandel und Gastronomie stärken

Gerade jetzt in der pandemiebedingten Krise wollen wir den lokalen Einzelhandel stärken und unterstützen. Das gilt prinzipiell dort, wo genügend Platz ist und für Fußgänger und Fußgängerinnen ausreichend Raum bleibt, dort können im Rahmen von Sonderaktionen wie zum Beispiel bei einem autofreien und verkaufsoffenen Sonntag einzelne Einkaufsstraßen oder Bereiche temporär für den Verkehr gesperrt werden. Geschäfte und Gastronomie erhalten dann die Gelegenheit, ihr Angebot auszuweiten und sich im Stadtteil zu präsentieren. Ein jährlicher Anziehungspunkt auf der Berger Straße ist das Berger Straßenfest, das vom Gewerbeverein Berger Straße organisiert wird. Durch Kultur und interationale Küche zieht es auch viele Menschen aus den anderen Stadtteilen und dem Umland an. Die „Weiße Tafel“, die 2012 noch auf dem Oeder Weg stattfand, zog viele Menschen zum gemeinsamen kochen und essen an. Auch solche von Gewerbevereinen initiierte Aktivitäten wollen wir unterstützen.

Nicht erst seit der Corona-Pandemie ist es schwierig, Ladenflächen neu und dauerhaft zu vermieten. Leerstand bringt aber niemandem etwas, daher wollen wir Zwischennutzungen von leerstehenden Flächen unterstützen. Die eine Möglichkeit dazu sind Pop-up-Aktionen (kurzfristig, provisorisch eingerichtetes Geschäft, das vorübergehend in leerstehenden Geschäftsräumen betrieben wird). Über Warenverkauf hinaus können hier auch Künstler*innen, Gründer*innen oder soziale und nachhaltige Projekte (z.B. Repair-Cafés) aktiv werden. Damit wird auch verhindert, dass Einkaufsstraßen durch zunehmenden Leerstand veröden. Pop-up-Aktionen können Vermieter*innen von Ladenflächen und Interessierte selbst in die

Wege leiten. Wir wollen aber prüfen lassen, inwieweit die Stadt leerstehende Flächen vorübergehend selbst mieten kann, um entsprechende Aktivitäten zu initiieren, oder zu vermitteln.

Des Weiteren wollen wir das Konzept des/der Zentrenkümmerer*in, das auf der oberen Berger Straße bereits erfolgreich etabliert wurde, auch in der unteren Berger Straße und anderen Einkaufsstraßen im Nordend unterstützen. Diese Funktion vernetzt Gewerbetreibende untereinander und ist Schnittstelle zur Stadtverwaltung und zum Ortsbeirat. Zur besseren Abstimmung von Politik und Wirtschaft werden wir uns für eine regelmäßige Kontaktpflege zwischen Mitgliedern des Ortsbeirates und Vertreter*innen des lokalen Einzelhandels und der Gastronomie einsetzen. Auch bei der Umsetzung innovativer und nachhaltiger Ideen wollen wir Händler*innen und Gastronom*innen unterstützen, indem wir zentrale Infrastrukturthemen, wie Abstellstandorte für Lastenräder auf den Weg bringen und einfordern.

Ein Stadtteil für Kunst und Kultur

Wir sind stolz darauf, dass das Nordend Sitz kleiner unabhängiger Kulturbetriebe ist, die sich mit ihrem Programm auch an Kunst- und Kulturinteressierte jenseits des "Mainstream" richten. Dieses vielfältige Kulturangebot im Stadtteil muss erhalten bleiben. Im Ortsbeirat möchten wir die Kulturbetriebe daher unterstützen, indem wir Möglichkeiten prüfen, Kunst und Kultur in den öffentlichen Raum zu holen und niedrigschwellig zugänglich zu machen. Hierzu würden auch "Offene Ateliers" beitragen, die ebenfalls im Wege der Zwischennutzung in leerstehenden Ladenlokalen entstehen könnten.

Auch weiterhin werden wir uns im Ortsbeirat dafür einsetzen, das Kulturfestival „Stoffel“ aus den Mitteln des städtischen Haushalts zu unterstützen.

Öffentliche Treffpunkte

Wir brauchen im Stadtteil Orte, an denen sich Menschen begegnen können – auch abseits von Verzehrzwang und Veranstaltungsprogramm. In den Sommermonaten sind der Friedberger Platz, der Luisenplatz und der Matthias-Beltz-Platz beliebte Treffpunkte. Dies führt jedoch regelmäßig zu Konflikten mit den Anwohner*innen. Wir wollen gemeinsam mit den Anwohner*innen, der ansässigen Gastronomie und den Feiernden weiter daran arbeiten, dass die nächtlichen Ruhezeiten ab 22.00 Uhr eingehalten werden und die Partys nicht ausufern. Am Friedberger Platz klappt dies inzwischen gut. Wir wollen das Konzept der Verständigung und der Rücksichtnahme auch auf den Matthias-Beltz-Platz und den Luisenplatz ausdehnen.

Gleichzeitig wollen wir prüfen, wo im Stadtteil neue Begegnungsräume entstehen können. Das Erdgeschoss des Glauburgbunker-Areals, das nach dem Beschluss des Magistrats einer sozialen bzw. kulturellen Nutzung vorbehalten ist, wird auch Räumlichkeiten für Veranstaltungen, Vereinstreffen o.ä. bieten müssen.

Das Nordend für ältere Menschen gestalten

Viele ältere Menschen leben seit Jahrzehnten in unserem Stadtteil - oft in oberen Stockwerken von Gründerzeithäusern ohne Aufzug. Die Entwicklung der Mietpreise verhindern, dass sie in eine seniorengerechte Wohnung umziehen können. Eine Wohnungstauschbörse kann dazu beitragen, ihnen, aber auch wohnungssuchenden Familien, zu helfen. Nachbarschaftsnetzwerke tragen dazu bei, dass mobilitätseingeschränkte Menschen Hilfe im Alltag erhalten und am

gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir wollen diese Netzwerke in ihrer Arbeit unterstützen und dazu beitragen, dass sie weiter ausgebaut werden können.
Im Nordend sollen Menschen aller Altersstufen die Möglichkeit finden, sich zu begegnen. Besonders fördern wollen wir generationsübergreifende Angebote im sportlichen und kulturellen Bereich. So könnte zum Beispiel im Günthersburgpark ein Spiel- und Sportangebot für alle Generationen entstehen.
Schmale Gehsteige, die durch Außengastronomie und parkende Fahrzeuge wie Elektroroller an vielen Stellen zusätzlich verschmälert werden, kurze Ampelschaltungen an Fußgängerüberwegen und uneinsehbare Kreuzungsbereiche erschweren es insbesondere älteren Menschen, sich im öffentlichen Raum fortzubewegen. Wir werden uns dafür einsetzen, diese "neuralgischen Punkte" weiter zu entschärfen. Mehr Bänke, überdachte Sitzgelegenheiten und mehr öffentliche Toiletten sollen zusätzlich dazu beitragen, die Aufenthaltsqualität gerade für ältere Menschen zu erhöhen.
Ausbauen wollen wir die Beratungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren im Stadtteil. Neben einer wöchentlichen Sprechstunde des/der Seniorenbeauftragten im Stadtteiltreff wollen wir auch die Einrichtung eines Seniorentelefons unterstützen.

A13 Präambel (NEU)

Antragsteller*in: STG3 (STG 3)

Text

Frankfurt Nordend – neu denken

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn im Nordend,

am 14. März 2021 werden wir das neue Stadtparlament wählen sowie den Ortsbeirat hier im Nordend. Viele werden sicherlich in diesem Jahr die Briefwahl bevorzugen, um möglichst vielen Kontakten im Wahllokal aus dem Wege zu gehen. Der persönliche Austausch am Wahlstand wird darunter sicher leiden. Wir freuen uns, ihnen daher heute unser Wahlprogramm präsentieren zu können.

Wir haben darin viele Forderungen und Ideen aufgeschrieben, um das Nordend grüner und sozialer werden zu lassen. Neben der Corona-Krise ist der Klimawandel das große Thema dieser Zeit. Auch auf lokaler Ebene können wir einiges beitragen, um mehr Klimaschutz zu erreichen: Die Verkehrswende auf lokaler Ebene fördern, mehr Energieeffizienz in Gebäuden und vieles mehr gehören zu diesen Maßnahmen.

Für unseren Stadtteil haben wir GRÜNE uns einiges vorgenommen und würden es gerne als stärkste Fraktion im Ortsbeirat umsetzen. Was genau, das möchten wir Ihnen in diesem Nordend-Programm vorstellen.
Manches möchten wir erhalten und schützen. Anderes dagegen, wo es aus unserer Sicht nicht in die richtige Richtung geht, möchten wir mutig neu denken. Neu denken und entschieden eine neue Richtung einschlagen.

Wir würden uns in den kommenden Jahren über solche Schlagzeilen freuen:

(Alternativ: Würden Sie sich über solche Schlagzeilen im kommenden Jahr nicht auch freuen?)

- „Neue Spielstraße eröffnet“
- „Breites Interessen für Beratung zur Fassadenbegrünung“
- „Heute ein Ort der Begegnung: Sommerfest im ehemaligen ‚Glauburgbunker‘“
- „Alleenring – die neue Flaniermeile“
- „Radwege im Nordend weiter vernetzt“
- „Projekt „Grüne Brücke“ vom OBR unterstützt“
- Parkplatz der Klingerschule wird zum Gedenkort an die Shoa
- Das Nordend – ein Stadtteil stellt sich erfolgreich gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie

- Das Nordend ist heute bunter als je zuvor
- 200 Wohnungen vor dem Leerstand gerettet und an junge Familien und Wohngruppen vermittelt

[Nachverdichtung / Wohnen – was könnte eine Erfolgsmeldung sein?

All diese Schlagzeilen könnten eines Tages tatsächlich in den Zeitungen stehen. Als Partei wollen wir dabei politisch viel bewegen - letztlich kommt es aber auf Ihre Ideen, Beteiligung und Unterstützung in Form Ihrer Stimme an! Wir GRÜNE möchten Sie einladen, aktiv an der Gestaltung unseres Stadtteils mitzuwirken.

Gemeinsam wollen wir das Nordend neu denken. Für Groß und Klein – Alt und Jung. Umweltbewusst, klimaneutral, energiesparend, nachhaltig.

(Für ein grünes, klima- und umweltbewusstes, soziales und partizipatives Nordend setzen wir GRÜNE uns mit all unserer Kraft und Überzeugung ein.)

Viele Ideen und Forderungen für unseren Stadtteil haben wir hier im GRÜNEN Nordend-Programm zusammengetragen.

Bei der Kommunalwahl am 14. März 2021 bitten wir Sie um Ihr Vertrauen – für grüne Ziele und Projekte und für die Frauen und Männer, die sie in der Stadtverordnetenversammlung und im OBR umsetzen wollen.